

23.11.2020

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
- Drucksachen 17/11100, 17/11800 (Ergänzung) und 17/11850 (Zweite Ergänzung) -

2. Lesung

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)

Einzelplan 09 - Ministerium für Verkehr

Berichterstatter

Abgeordneter Bodo Middeldorf

Beschlussempfehlung

Der Entwurf des Einzelplans 09 wird unverändert angenommen.

Bericht

A Beratungsergebnis des Fachausschusses

Zu den Beratungen lag mit der Vorlage 17/3963 der Erläuterungsband zum Einzelplan 09 vor.

Der Verkehrsausschuss hat den Einzelplan 09 in seinen Sitzungen am 28. Oktober 2020 sowie 4. November 2020 beraten und am 18. November 2020 abschließend beraten und abgestimmt. Dort lagen 15 Änderungsanträge von SPD (2), Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (11) und der AfD-Fraktion (2) vor. Die Abstimmungsergebnisse und das jeweilige Abstimmungsverhalten der Fraktionen ergeben sich aus der Vorlage 17/4251. Der Einzelplan 09 wurde anschließend mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der AfD unverändert angenommen.

B Ergebnisse des Berichterstattegesprächs

Ein Berichterstattegespräch war entbehrlich. Der Vollständigkeit halber wird auf das Ausschussprotokoll der Haushaltsklausur des HFA APr. 17/1159.

C Votum des Unterausschusses Personal

Das für alle Einzelpläne zusammengefasste Ergebnis der Beratung des Personaletats im Unterausschuss Personal ist der Vorlage 17/4234 zu entnehmen. Der Unterausschuss Personal hat sein Votum zum Personaletat in seiner Sitzung am 17. November 2020 abgegeben.

Änderungsanträge lagen dort nicht vor. Der Personaletat zum Einzelplan 02 wurde im Unterausschuss Personal mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der AfD-Fraktion unverändert angenommen.

D Votum des Unterausschusses BLB, Landesbetriebe und Sondervermögen

Mit der Vorlage 17/4235 votiert der Unterausschuss BLB, Landesbetriebe und Sondervermögen zu Kapitel 09 150, Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW) mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine unveränderte Annahme. Die Fraktion der AfD konnte im Rahmen einer Video-Zuschaltung dort keine Stimme abgeben.

E Abschließende Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss

Das Ergebnis der Beratungen einzelplanübergreifender Anträge ist dem Bericht zum Einzelplan 20 - Drucksache 17/11920 - zu entnehmen. Das Ergebnis der Beratungen zum Haushaltsgesetz (Text) ergibt sich aus Drucksache 17/11900.

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich am 23. November 2020 abschließend mit dem Entwurf des Einzelplans 09 befasst. Dort lagen insgesamt 18 Änderungsanträge der Fraktionen vor. Die Antragstellung, die Abstimmungsergebnisse und das jeweilige Abstimmungsverhalten der Fraktionen ergeben sich aus dem Anhang.

F Abstimmung

In der abschließenden Abstimmung zur 2. Lesung wurde der Entwurf des Einzelplans 09 mit Zustimmung der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion unverändert **angenommen**.

Martin Börschel
Vorsitzender

Anhang: 2 Änderungsanträge der Fraktion der SPD
 11 Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 5 Änderungsanträge der Fraktion der AfD

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																															
	AfD	<p>Kapitel 09 010 Ministerium</p> <p>Titel 534 70 Aufwendungen für die Pflege internationaler Beziehungen</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">HH 2021</td> <td style="width: 45%;"></td> <td style="width: 40%; text-align: right;">IST lt. HH 2019</td> </tr> <tr> <td>von</td> <td>36.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">8.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>28.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>8.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Herabsetzung der Verpflichtungsermächtigung</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 15%;">von</td> <td style="width: 45%;">12.000 Euro</td> <td style="width: 40%;"></td> </tr> <tr> <td>um</td> <td>4.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td>8.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Fälligkeiten in 2022</p> <p>Begründung: Im Haushaltsjahr 2019 wurden für diesen Titel Haushaltsmittel in Höhe von 8.000 Euro abgerufen, 2018 wurden keine Mittel abgerufen, 2017 waren es 4.000 Euro. Außerdem ist für die Position 534 70 eine Verpflichtungsermächtigung über 12.000 Euro vorgesehen, die ebenfalls angemessen gekürzt werden sollte. Nach Prüfung der bisherigen Haushaltsausgaben für die vergangenen Jahre sollte der Baransatz auf 8.000 Euro und die Verpflichtungsermächtigung auf 8.000 Euro gekürzt werden.</p>	HH 2021		IST lt. HH 2019	von	36.000 Euro	8.000 Euro	um	28.000 Euro		auf	8.000 Euro		von	12.000 Euro		um	4.000 Euro		auf	8.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2021		IST lt. HH 2019																																
von	36.000 Euro	8.000 Euro																																
um	28.000 Euro																																	
auf	8.000 Euro																																	
von	12.000 Euro																																	
um	4.000 Euro																																	
auf	8.000 Euro																																	
CDU	nein																																	
SPD	nein																																	
FDP	nein																																	
GRÜNE	nein																																	
AfD	ja																																	

		Besonders in Zeiten von Corona mit massiven Reisebeschränkungen und grundsätzlich geänderten Veranstaltungsgepflogenheiten muss in allen Bereichen auf realistische Ausgabenplanung und -reduktionen hingearbeitet werden.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag		Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p>Kapitel 09 110</p> <p>Titelgruppen 60</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2021 von 40.000.000 Euro um 5.000.000 Euro auf 45.000.000 Euro</p> <p>Begründung: Die bislang bereitgestellten 40 Mio. Euro sind für die Aufgabenträger und Kommunen nicht ausreichend, der Ansatz für das Sozialticket muss dringend dynamisiert und damit an die steigende Zahl der beteiligten Kommunen und Nutzer*innen angepasst werden.</p>	<p>Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs</p> <p>Sozialticket</p> <p>Ansatz lt. HH 2020 40.000.000 Euro</p>	<p>Votum VA</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein</p> <p>HFA:</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p>Kapitel 09 110</p> <p>Titelgruppen 60</p> <p style="text-align: center;">Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Nahverkehrs Sozialticket</p> <p>Einführung einer Verpflichtungsermächtigung</p> <p>2021</p> <p>von 0 Euro</p> <p>um 50.000.000 Euro</p> <p>auf 50.000.000 Euro</p> <p style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2019</p> <p style="text-align: center;">0 Euro</p> <p>Begründung: Um auch die nächsten Jahre sicherzustellen, dass das Sozialticket NRW auskömmlich finanziert ist, wird eine Verpflichtungsermächtigung eingeführt. Damit haben die Auftraggeber und Kommunen Planungssicherheit.</p>	<p>Votum VA</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein</p> <p>SPD ja</p> <p>FDP nein</p> <p>GRÜNE ja</p> <p>AfD nein</p> <p>HFA:</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein</p> <p>SPD ja</p> <p>FDP nein</p> <p>GRÜNE ja</p> <p>AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	SPD	<p>Kapitel 09 110 Förderung der Eisenbahnen und des öffentlichen Personennahverkehrs</p> <p>Titelgruppe 74 Ausbildungsverkehr-Pauschale nach §11a ÖPNVG NRW und Azubi-Ticket</p> <p>Titel 633 74 Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände</p> <p>Erhöhung des Baransatz</p> <p>HH 2021 Ansatz lt. HH 2020 von 62.524.500 Euro 62.524.500 Euro um 100.000.000 Euro auf 262.524.500 Euro</p> <p><i>Einrichtung einer Verpflichtungsermächtigung über 200.000.000 Euro mit der Fälligkeit in 2022</i></p> <p>Begründung: Kostenlose Monatstickets für Kinder und Jugendliche dienen der Förderung des ÖPNVs, der Forcierung einer umfassenden, nachhaltigen und sozialen Verkehrswende, der Ökologisierung unserer Mobilität und letztlich dem Klimaschutz. Dabei sind die Einnahmeausfälle der Verkehrsunternehmen/Verbünde durch Landesmittel zu ersetzen. Zudem werden die Kommunen von den aufwändigen Verwaltungsaufgaben entlastet. Der Einstieg ab dem Schuljahr 2021/2022 ist der erste Schritt hin zu kostenfreien ÖPNV-Tickets für Kinder und junge Menschen im Bildungsweg in NRW.</p>	<p>Votum VA</p> <p>CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE Enth. AfD nein</p> <p>HFA:</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE Enth. AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p>Kapitel 09 140</p> <p>Titel 883 13</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p>2021 von 135.860.500 Euro um 35.860.500 Euro auf 100.000.000 Euro</p> <p>Begründung: Die Mittel stellt das Land für den kommunalen Straßenbau zur Verfügung. Um das neue Radverkehrsgesetz auskömmlich zu finanzieren und aus Gründen des Klimaschutzes, der Luftreinhaltung und des sparsamen Umgangs mit Flächen sollte der Ansatz reduziert werden und die freiwerdenden Mittel in einem neuen Titel zweckgebunden den Kommunen zur Verbesserung und den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur zugewiesen werden.</p>	<p>Straßenverkehr und kommunaler Straßenbau</p> <p>Zuweisungen des Landes zur Verbesserung der Straßeninfrastruktur der Gemeinden und Kreise</p> <p>Ansatz lt. HH 2020 134.760.500</p> <p>- Euro</p> <p>Votum VA</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE ja AfD nein</p> <p>HFA:</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE ja AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis	
	GRÜNE	<p>Kapitel 09 150</p> <p>Titel 682 90</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2021 von 378.318.000 Euro um 5.000.000 Euro auf 383.318.000 Euro</p> <p>Begründung: Im Landesbetrieb Straßenbau soll eine eigene Abteilung gegründet werden, die sich ausschließlich mit Radverkehrsmaßnahmen und der Umsetzung des Radverkehrsgesetzes beschäftigt. Neben Radwegebau und –sanierung an bestehenden Landesstraßen soll vor allem die Zuständigkeit für die Planung und den Bau der Radschnellwege dort angesiedelt sein sowie die fachliche Beratung und Unterstützung der Kommunen in Fragen des Radwegebaus. Hierzu sind mindestens 150 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus bestehenden Stellen für diese Aufgaben abzustellen sowie Fachplanerinnen und Fachplaner – möglichst mit Erfahrungen aus dem vorbildlichen Radwegebau in anderen europäischen Ländern – dafür neu einzustellen.</p>	<p style="text-align: center;">Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW) Zuführung zum laufenden Betrieb des Landesbetriebes Straßenbau</p> <p style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2020 473.377.000 Euro</p>	<p>Votum VA</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD Enth. FDP nein GRÜNE ja AfD nein</p> <p>HFA:</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD Enth. FDP nein GRÜNE ja AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 09 150 Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW)</p> <p>Titel 777 11 Erhaltungsinvestitionen an Landesstraßen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2021</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2020</td> </tr> <tr> <td>von 205.000.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">185.000.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 6.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 211.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Anhebung der Verpflichtungsermächtigung</p> <p>von 120.000.000 Euro um 30.000.000 Euro auf 150.000.000 Euro</p> <p>Fälligkeiten in 2022 und Folgejahren</p> <p>Begründung: Die Landstraßen sind immer noch in einem kritischen Zustand. Wie die Beantwortung einer Kleinen Anfrage mit der Drucknummer 17/7083 der AfD-Landtagsfraktion ergab, ist insbesondere der Zustand der Brückenbauwerke in NRW besorgniserregend.</p>	HH 2021	Ansatz lt. HH 2020	von 205.000.000 Euro	185.000.000 Euro	um 6.000.000 Euro		auf 211.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2021	Ansatz lt. HH 2020																				
von 205.000.000 Euro	185.000.000 Euro																				
um 6.000.000 Euro																					
auf 211.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p>Kapitel 09 150</p> <p>Titel 777 13</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <p>2021 von 62.000.000 Euro um 32.000.000 Euro auf 30.000.000 Euro</p> <p>Begründung: Der von der Landesregierung stetig weiter betriebene Ausbau des Landesstraßennetzes ist angesichts der Herausforderungen des Klimaschutzes völlig aus der Zeit gefallen. Viele neue Landesstraßen sind verkehrlich nicht notwendig und vor Ort hoch umstritten, das Bauprogramm muss deshalb dringend überprüft und auf das absolut Notwendige reduziert werden. Deutlich wichtiger als der Bau immer neuer Straßen ist vielmehr der Erhalt der vorhandenen Infrastruktur sowie die Finanzierung der für die Verkehrswende notwendigen Investitionen im Bereich Radverkehr und ÖPNV.</p>	<p>Votum VA</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE ja AfD nein</p> <p>HFA:</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD nein FDP nein GRÜNE ja AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	SPD	<p>Kapitel 09 150 Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW) Titel 777 14 Radwege an bestehenden Landesstraßen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2021</td> <td style="width: 50%;">Ansatz lt. HH 2020</td> </tr> <tr> <td>von 17.400.000 Euro</td> <td>12.400.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 2.600.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 20.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Eine umfassende Verkehrswende ist ohne die erhebliche Stärkung des Radverkehrs und des zugehörigen Radverkehrsnetzes nicht möglich. Daher müssen die Investitionen in diese Infrastruktur deutlich ausgeweitet werden. Das gilt für die Radwege an Landesstraßen und auch für die dazu gehörige Förderung der Modellprojekte „Bürgerradwege“ und „Radwege auf stillgelegten Bahntrassen“. Insbesondere mit Blick auf die Steigerung von E-Mobilität durch E-Bikes und Pedelecs sind hier verstärkte Investitionen zielführend.</p>	HH 2021	Ansatz lt. HH 2020	von 17.400.000 Euro	12.400.000 Euro	um 2.600.000 Euro		auf 20.000.000 Euro		<p>Votum VA</p> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>Enth.</td> </tr> </table> <p>HFA:</p> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td>CDU</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>Enth.</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	Enth.	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	Enth.
HH 2021	Ansatz lt. HH 2020																														
von 17.400.000 Euro	12.400.000 Euro																														
um 2.600.000 Euro																															
auf 20.000.000 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AfD	Enth.																														
CDU	nein																														
SPD	ja																														
FDP	nein																														
GRÜNE	ja																														
AfD	Enth.																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p>Kapitel 09 150</p> <p>Titel 777 14</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2021</p> <p>von 17.400.000 Euro um 2.600.000 Euro auf 20.000.000 Euro</p> <p>Begründung: Die Radwege entlang der Landesstraßen sind zum guten Teil lückenhaft und sanierungsbedürftig. Um den Anforderungen des neuen Fahrradgesetzes zu genügen, ist hier dringend eine Erhöhung der Mittel geboten, um ein flächendeckendes Radverkehrsnetz in gutem Zustand entlang der Landesstraßen zu realisieren.</p>	<p>Ansatz lt. HH 2020</p> <p>12.400.000 Euro</p>
		<p>Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW) Radwegbau an bestehenden Landesstraßen</p>	<p>Votum VA</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein</p> <p>HFA:</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein SPD ja FDP nein GRÜNE ja AfD nein</p>

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																		
	AfD	<p>Kapitel 09 150 Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen.NRW)</p> <p>Titel 777 16 Bau von LKW-Parkplätzen an Landesstraßen</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2021</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2020</td> </tr> <tr> <td>von 400.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 1.600.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 2.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Die Antwort der Landesregierung auf die Fragen zum Haushaltsentwurf EP 09 der AfD-Fraktion legt nahe, dass ein stetig wachsender Bedarf des Straßengüterverkehrs nach Parkplätzen vorhanden und für jeden Verkehrsteilnehmer sichtbar ist.</p> <p>Wir bezweifeln, dass der veranschlagte Betrag von 400.000 Euro eine signifikante Verbesserung für die Fahrer und die Bürger gewährleisten kann. Wir halten daher eine Erhöhung des Baransatzes für diesen Titel auf 2.000.000 Euro für angezeigt.</p>	HH 2021	Ansatz lt. HH 2020	von 400.000 Euro	0 Euro	um 1.600.000 Euro		auf 2.000.000 Euro		<p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">CDU</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td style="text-align: right;">nein</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td style="text-align: right;">ja</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2021	Ansatz lt. HH 2020																				
von 400.000 Euro	0 Euro																				
um 1.600.000 Euro																					
auf 2.000.000 Euro																					
CDU	nein																				
SPD	nein																				
FDP	nein																				
GRÜNE	nein																				
AfD	ja																				

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																				
	GRÜNE	<p>Kapitel 09 150</p> <p>Titel neu</p> <p style="text-align: center;">Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW)</p> <p style="text-align: center;">Zuweisungen vom "Sondervermögen zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona- Krise" zur Kompensation von Investitionsausgaben</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2021</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2020</td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">7.600.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">7.600.000 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Aus dem „Sondervermögen zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise“ sollen im Haushaltsjahr 2021 Investitionen getätigt werden, die die drohende schwere Rezession in Folge der akuten Corona-Pandemie abmildern sollen. Dieser Einnahmetitel dient der Kompensation entsprechender Ausgabenerhöhungen im Kapitel 09 150.</p>	2021		Ansatz lt. HH 2020		von	0 Euro		0 Euro	um	7.600.000 Euro			auf	7.600.000 Euro			<p>Votum VA</p> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>nein</td> </tr> </table> <p>HFA:</p> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	Enth.	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein	CDU	nein	SPD	Enth.	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
2021		Ansatz lt. HH 2020																																					
von	0 Euro		0 Euro																																				
um	7.600.000 Euro																																						
auf	7.600.000 Euro																																						
CDU	nein																																						
SPD	Enth.																																						
FDP	nein																																						
GRÜNE	ja																																						
AfD	nein																																						
CDU	nein																																						
SPD	Enth.																																						
FDP	nein																																						
GRÜNE	ja																																						
AfD	nein																																						

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis
	GRÜNE	<p>Kapitel 09 150</p> <p>Titel neu</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2021</p> <p>von 0 Euro</p> <p>um 5.000.000 Euro</p> <p>auf 5.000.000 Euro</p> <p>Begründung: Für den Radwegebau insbesondere entlang von Autobahnbrücken gab es bislang keine expliziten Mittel, um bei Brückenneubauten oder –erneuerungen Radwege gemäß Radschnellwegestandard herzustellen. Meist wurden bei Erneuerungen nur der alte Zustand wiederhergestellt, d.h. oft sind Geh- und Radweg kombiniert oder der Radweg ist zu schmal, um Überhol- oder Begegnungsverkehre zuzulassen. In einem NRW-weiten Netz von Radschnellwegen sind die Brücken ein wichtiger Bestandteil, wenn hier bei Sanierungen und Neubauten nicht nach geltendem Radschnellwegestandard mitgeplant und gebaut wird, entstehen Engpässe im Netz und Gefahrstellen für Radfahrerinnen und Radfahrer. Da der Bund mittlerweile eine Finanzierung von Radwegen entlang von Brücken in Aussicht gestellt hat, sollen die in diesem Titel veranschlagten Mittel in erster Linie für die Anschlussplanungen und</p>	<p>Straßen- und Brückenbau (Landesbetrieb Straßen NRW) Radwegebau an Brücken</p> <p>Ansatz lt. HH 2020</p> <p>0 Euro</p> <p>Votum VA</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein</p> <p>SPD ja</p> <p>FDP nein</p> <p>GRÜNE ja</p> <p>AfD nein</p> <p>HFA:</p> <p>abgelehnt</p> <p>CDU nein</p> <p>SPD ja</p> <p>FDP nein</p> <p>GRÜNE ja</p> <p>AfD nein</p>

		Umsetzungen an bestehende Radschnellwege und kommunale Radwege verwendet werden, ggfs. auch zur Herstellung des Radschnellwegestandards entlang der Brücken, falls dies beim Bund ursprünglich nicht vorgesehen ist.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																					
	GRÜNE	<p>Kapitel 09 160</p> <p>Titelgruppe 61 Titel 777 61</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <p>2021 von 7.500.000 Euro um 5.000.000 Euro auf 12.500.000 Euro</p> <p>Begründung: Um zukünftig ein flächendeckendes Netz von Radschnellwegen in NRW aufzubauen, sind über die bisherigen sieben geplanten Projekte hinaus weitere Radschnellwege notwendig. Hierzu soll die Landesregierung ein Gutachten beauftragen, das in Zusammenarbeit mit den Kommunen mögliche Routen für Radschnellwege in allen Regionen identifiziert und einen Zeit-/Maßnahmenplan dafür erstellt. Außerdem sollen die Kommunen bei der Planung von Radschnellwegen zusätzlich vom Land gefördert werden, um die Projekte schneller zur Baureife zu bringen. Dafür ist eine Erhöhung des Mittelansatzes notwendig.</p>	<p style="text-align: center;">Angelegenheit der Mobilität, Digitalisierung und Vernetzung Nahmobilität Investitionen in Radschnellwege in der Baulast des Landes</p> <p style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2020 7.500.000 Euro</p>	<p>Votum VA</p> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td style="width: 50%;">CDU</td><td style="width: 50%;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>nein</td></tr> </table> <p>HFA:</p> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td style="width: 50%;">CDU</td><td style="width: 50%;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>ja</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein	CDU	nein	SPD	ja	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
CDU	nein																							
SPD	ja																							
FDP	nein																							
GRÜNE	ja																							
AfD	nein																							
CDU	nein																							
SPD	ja																							
FDP	nein																							
GRÜNE	ja																							
AfD	nein																							

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	AfD	<p>Kapitel 09 160 Angelegenheiten der Mobilität, Digitalisierung und Vernetzung</p> <p>Titel 777 61 Investitionen in Radschnellwege in der Baulast des Landes</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2021</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2020</td> </tr> <tr> <td>von 7.500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">7.500.000 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 4.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 3.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Zitat zu Titel 777 61 (unter Titelgruppe 61 Nahmobilität): „Die Mittel dienen dem Bau, dem Grunderwerb und der Erhaltung von Radschnellverbindungen in der Baulast des Landes.“ In dieser Titelgruppe werden hauptsächlich Mittel zur Förderung des kommunalen Rad- und Fußgängerverkehrs und die entsprechende Öffentlichkeitsarbeit veranschlagt.</p> <p>Unter dem Titel 777 61 wurden in den vergangenen Jahren 2018 bis 2020 jährlich 5,7 bis 7,5 Millionen Euro für „Investitionen in Radschnellwege“ zur Verfügung gestellt. Im Durchschnitt wurden gerade einmal 800.000 Euro jährlich in den Jahren 2017 bis 2019 abgerufen.</p> <p>Wenn beide Ansätze (777 61 und 777 63) in ihrer vorgeschlagenen Höhe erhalten bleiben, werden insgesamt 12.000.000 Euro zielgruppenwirksam für den Bau von Radschnellverbindung veranschlagt. Hinzu kommen weitere 1.750.000 Euro als dazugehöriges Planungsgeld (unter 682 61). Es ist nicht damit zu rechnen, dass sich in 2021 für die genannten Zwecke ein wesentlich höheres Bau- bzw. Investitionsvolumen als in den Vorjahren realisieren lassen wird.</p>	HH 2021	Ansatz lt. HH 2020	von 7.500.000 Euro	7.500.000 Euro	um 4.000.000 Euro		auf 3.500.000 Euro		<p>Votum VA</p> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table> <p>HFA:</p> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2021	Ansatz lt. HH 2020																														
von 7.500.000 Euro	7.500.000 Euro																														
um 4.000.000 Euro																															
auf 3.500.000 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														

		Die Reduzierung des Baransatzes ist somit begründet, da in den vergangenen Jahren jährlich unter 1.000.000 Euro abgerufen wurden. Demnach ließe sich der Ansatz um 4.000.000 Euro auf einen Ansatz für 2021 in Höhe von 3.500.000 Euro vermindern, ohne dass die Errichtung neuer Radschnellverbindung beeinträchtigt würde.	
--	--	--	--

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																					
	GRÜNE	<p>Kapitel 09 160</p> <p>Titelgruppe 63 Titel 883 63</p> <p>2021 von 4.000.000 Euro um 31.860.500 Euro auf 35.860.500 Euro</p> <p>Begründung: Die von der Landesregierung neu eingestellten Mittel sollen für die Verbesserung und den Ausbau der kommunalen Radverkehrsinfrastruktur in den Gemeinden und Kreisen verwendet werden. Dies ist jedoch vom Ansatz her viel zu gering, um den dringend notwendigen Ausbau und Sanierung der kommunalen Radverkehrsinfrastruktur zu finanzieren. Durch eine zweckgebundene Zuweisung für den Rad- und Fußverkehr aus Mitteln des kommunalen Straßenbaus können die Anforderungen durch das neue Radverkehrsgesetz auch in den Kommunen umgesetzt werden.</p>	<p style="text-align: center;">Angelegenheiten der Mobilität, Digitalisierung und Vernetzung Maßnahmen Radverkehr Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände für Vorhaben des Fuß- und Radverkehrs</p> <p style="text-align: center;">Ansatz lt. HH 2020 - Euro</p>	<p>Votum VA</p> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td style="width: 50%;">CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>nein</td></tr> </table> <p>HFA:</p> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td style="width: 50%;">CDU</td><td>nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td>nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td>nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td>ja</td></tr> <tr><td>AfD</td><td>nein</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
CDU	nein																							
SPD	nein																							
FDP	nein																							
GRÜNE	ja																							
AfD	nein																							
CDU	nein																							
SPD	nein																							
FDP	nein																							
GRÜNE	ja																							
AfD	nein																							

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2021**

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																												
	AfD	<p>Kapitel 09 160 Angelegenheiten der Mobilität, Digitalisierung und Vernetzung</p> <p>Titel 777 63 Investitionen in Radschnellwege</p> <p>Reduzierung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 50%;">HH 2021</td> <td style="width: 50%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2020</td> </tr> <tr> <td>von 4.500.000 Euro</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um 3.500.000 Euro</td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf 1.000.000 Euro</td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung:</p> <p>Unter dem Titel 777 61 desselben Kapitels 09 160 wurden in den vergangenen Jahren 2018 bis 2020 jährlich 5,7 bis 7,5 Mio. Euro für „Radschnellwege“ zur Verfügung gestellt. Gerade einmal durchschnittlich 800.000 Euro jährlich wurden in den Jahren 2017 bis 2019 abgerufen. Wenn beide Ansätze (777 61 und 777 63) in ihrer vorgeschlagenen Höhe bleiben, wären es aber 12.000.000 Euro, die zukünftig für den Bau von Radschnellverbindung veranschlagt würden. Hinzu käme noch das zugehörige Planungsgeld unter 682 61 in Höhe von 1.750.000 Euro.</p> <p>Demnach sollten die hier veranschlagten Mittel (4.500.000 Euro), die andere Haushaltstitel blockieren, geeignet reduziert werden.</p>	HH 2021	Ansatz lt. HH 2020	von 4.500.000 Euro	0 Euro	um 3.500.000 Euro		auf 1.000.000 Euro		<p>Votum VA</p> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table> <p>HFA:</p> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr><td>CDU</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>SPD</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>FDP</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>GRÜNE</td><td style="text-align: right;">nein</td></tr> <tr><td>AfD</td><td style="text-align: right;">ja</td></tr> </table>	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja	CDU	nein	SPD	nein	FDP	nein	GRÜNE	nein	AfD	ja
HH 2021	Ansatz lt. HH 2020																														
von 4.500.000 Euro	0 Euro																														
um 3.500.000 Euro																															
auf 1.000.000 Euro																															
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														
CDU	nein																														
SPD	nein																														
FDP	nein																														
GRÜNE	nein																														
AfD	ja																														

**Änderungsantrag der Fraktionen zum Einzelplan 09
zum Haushaltsgesetz 2021**

Sachhaushalt

Ifd. Nr. des Antrags	Antrag der Fraktion/en	Antrag	Abstimmungsergebnis																																				
	GRÜNE	<p>Kapitel 09 160</p> <p>Titel neu</p> <p style="text-align: center;">Angelegenheiten der Mobilität, Digitalisierung und Vernetzung Zuweisungen vom "Sondervermögen zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona- Krise" zur Kompensation von Investitionsausgaben</p> <p>Erhöhung des Baransatzes</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 20%;">2021</td> <td style="width: 40%;"></td> <td style="width: 20%; text-align: right;">Ansatz lt. HH 2020</td> <td style="width: 20%;"></td> </tr> <tr> <td>von</td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> <td></td> <td style="text-align: right;">0 Euro</td> </tr> <tr> <td>um</td> <td style="text-align: right;">36.860.500 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> <tr> <td>auf</td> <td style="text-align: right;">36.860.500 Euro</td> <td></td> <td></td> </tr> </table> <p>Begründung: Aus dem „Sondervermögen zur Finanzierung aller direkten und indirekten Folgen der Bewältigung der Corona-Krise“ sollen im Haushaltsjahr 2021 Investitionen getätigt werden, die die drohende schwere Rezession in Folge der akuten Corona-Pandemie abmildern sollen. Dieser Einnahmetitel dient der Kompensation entsprechender Ausgabenerhöhungen im Kapitel 09 160.</p>	2021		Ansatz lt. HH 2020		von	0 Euro		0 Euro	um	36.860.500 Euro			auf	36.860.500 Euro			<p>Votum VA</p> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>nein</td> </tr> </table> <p>HFA:</p> <p>abgelehnt</p> <table style="width: 100%; border: none;"> <tr> <td style="width: 60%;">CDU</td> <td style="width: 40%;">nein</td> </tr> <tr> <td>SPD</td> <td>Enth.</td> </tr> <tr> <td>FDP</td> <td>nein</td> </tr> <tr> <td>GRÜNE</td> <td>ja</td> </tr> <tr> <td>AfD</td> <td>nein</td> </tr> </table>	CDU	nein	SPD	Enth.	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein	CDU	nein	SPD	Enth.	FDP	nein	GRÜNE	ja	AfD	nein
2021		Ansatz lt. HH 2020																																					
von	0 Euro		0 Euro																																				
um	36.860.500 Euro																																						
auf	36.860.500 Euro																																						
CDU	nein																																						
SPD	Enth.																																						
FDP	nein																																						
GRÜNE	ja																																						
AfD	nein																																						
CDU	nein																																						
SPD	Enth.																																						
FDP	nein																																						
GRÜNE	ja																																						
AfD	nein																																						